

Badenova allein in badischer Hand?

Die Elektrizitätswerke Schönau setzen eine Idee in die Welt, die mehrere hundert Millionen Euro schwer ist

Von Bernward Janzing, Uwe Mauch und Jörg Buteweg

FREIBURG. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben eine neue Projektidee in die Welt gesetzt: Der Ökostromversorger, der aus einer Anti-Atomkraft-Initiative entstand, kann sich vorstellen, die Aktien des größten Badenova-Anteilseigners, der Thüga, nach Südbaden zu holen.

Bislang hält die Eon-Tochter Thüga einen Anteil von 47,3 Prozent an der Badenova. "Wenn man uns die Thüga-Anteile anbietet, werden wir zugreifen", sagt EWS-Geschäftsführerin Ursula Sladek. Dass diese Anteile einen Wert von geschätzt 400 Millionen Euro haben, kann die als Stromrebellin bekannten EWS nicht schrecken: "Vor großen Zahlen haben wir keine Angst mehr", sagt Ursula Sladek. Sollte sich tatsächlich in Freiburg eine entsprechende Option auftun, werde man eben ein passendes Finanzierungskonzept mit Bürgerbeteiligung ausarbeiten: "Wenn die Stadt Freiburg ihren Stromversorger wieder zu einem Unternehmen der Stadt und ihrer Bürger machen will, sind wir bereit."

Mit solchem Selbstbewusstsein sind die EWS schon in der Vergangenheit gut gefahren. Als sie in den neunziger Jahren - als noch unbekannte Bürgerinitiative - antraten, das Schönauer Stromnetz zu kaufen, ließen sie sich auch durch die Preisforderung von damals 8,7 Millionen Mark nicht von ihrem Vorhaben abbringen. Zwischenzeitlich wurde aus der Bürgerinitiative ein bürgereigener Ökostromversorger auf Genossenschaftsbasis, der heute bundesweit 65 000 Kunden versorgt.

Für die Stadt Freiburg kommt der Vorstoß zum Kauf der Thüga-Anteile völlig unerwartet. "Das ist bislang für uns kein Thema", sagte ein Sprecher auf Anfrage. "Wir können die Thüga doch nicht dazu zwingen, ihre Anteile zu verkaufen." Gleichwohl ist es in Freiburg ein offenes Geheimnis, dass es in der Kommunalpolitik - und bis in die Badenova hinein - Unterstützer gibt, die den regionalen Strom-, Gas- und Wasserversorger gern komplett in kommunaler Hand sehen würden.

Sollte eine politische Mehrheit den Ausstieg der Eon-Tochter wünschen, hätte die Stadt auch kein Problem, dies langfristig durchzusetzen. Denn die Stadt entscheidet im Rahmen des Konzessionsvertrags darüber, wer auf ihrem Terrain Leitungen nutzen darf. Allerdings ist Freiburg nicht allein. Neben Lörrach und Waldshut-Tiengen sind auch Lahr und Offenburg Anteilseigner von Badenova. Es gibt wechselseitige Vorkaufsrechte, wenn ein Eigentümer aussteigen will.

Mit dem Vorstoß in Richtung Freiburg folgen die EWS übrigens schlicht ihren Kunden. Denn die Badenova hat bereits 4800 Stromkunden an die Schönauer verloren. Damit sind die EWS in Freiburg mit Abstand der größte unabhängige Stromanbieter. Ein prominenter Stromkunde, der bei einer Übernahme der Thüga-Anteile wertvolle Unterstützung leisten könnte, kam in diesen Tagen hinzu: Die Volksbank Freiburg bezieht ihren Strom in Zukunft von der EWS.

Eine ungefähre Vorstellung über den Wert der im Jahr 2000 aus sechs Stadtwerken fusionierten Badenova gibt es, seit in Freiburg über den Verkauf städtischer Wohnungen zur Sanierung des Haushalts diskutiert wurde. Als Alternative zum Wohnungsverkauf kam auch ein Verkauf der Freiburger Badenova-Anteile ins Gespräch. Damals schätzte die Stadtverwaltung den Wert der Freiburger Anteile (32,76 Prozent) auf rund 300 Millionen Euro. Für den deutlich größeren Thüga-Anteil an Badenova wären also mindestens 400 Millionen Euro zu bezahlen. Die Stadtkämmerei argumentierte seinerzeit, ein Verkauf des städtischen Anteils wäre nicht wirtschaftlich. Die Gewinnausschüttung sei höher als das, was man durch Schuldentilgung an Zinskosten einspart. Tatsächlich nimmt Freiburg pro Jahr rund 20 Millionen Euro aus dem Badenova-Gewinn ein.

Genau dieses Argument zeigt, dass die Riesensumme von 400 Millionen Euro - wenn ein Anteilskauf denn je zur Debatte stünde - durchaus finanzierbar ist. Solange Badenova so ertragreich bleibt, werden Banken einen Kauf finanzieren.

Die Frage stand tatsächlich vor einigen Jahren im Raum. Als das Bundeskartellamt prüfte, ob der Versorger Eon den Gashändler Ruhrgas übernehmen darf, stand zeitweise zur Debatte, dass die Eon-Tochter Thüga ihre Beteiligungen an Regionalversorgern wie Badenova verkaufen müsse. Damals wollte das Regierungspräsidium den Haushalt der Stadt Freiburg wegen zu hoher Schulden nicht genehmigen. Ein Kredit zur Übernahme der Thüga-Anteile an Badenova wäre aber genehmigt worden. Argument: Es handle sich um eine ertragreiche Geldanlage. Das gilt nach wie vor.